

Staatsbürgerliche Gleichberechtigung versus politische Teilhabe – ein Demokratiedefizit in der Weimarer Republik aus regionaler Perspektive

Ostwestfalen und Lippe, heute ein Teil von NRW, waren im Kaiserreich keine Hochburgen weiblicher politischer Aktivitäten. Zwar fanden in den größeren Städten im bürgerlichen Milieu Veranstaltungen von Stimmrechtsvereinen statt, und auch die SPD organisierte vermehrt Veranstaltungen, die explizit Frauen ansprechen sollten, die Parteien gingen aber auf lokaler und regionaler Ebene weitgehend unvorbereitet in die ersten demokratischen Wahlkämpfe des Jahres 1919, in denen die Frauen als „unbekannter Teil des Wahlvolks“ eine entscheidende Rolle spielten.¹

Der Beitrag untersucht auf regionaler Ebene wie die Parteien mit dem neugewonnenen Wahlrecht umgingen und nimmt dazu vor allem das passive Wahlrecht in den Blick. Ausgehend von den Entwicklungen zwischen der Novemberrevolution und den ersten demokratischen Wahlen zur Nationalversammlung, zur Preußischen verfassungsgebenden Versammlung/zum Lippischen Landtag und zu den Gemeindevertretungen Anfang 1919 geht der Beitrag folgenden Fragen nach:

- Wie war die Haltung der einzelnen Parteien zum Frauenwahlrecht? Welche Auswirkung hatte dies auf die Aufstellung der Wahllisten?
- Aus welchen Aktionsräumen stammten Frauen, die sich politisch betätigten?
- Welche Strategien wendeten die Parteien an, um Kandidatinnen zu gewinnen?
- Welche Politikfelder besetzten die Frauen in den Gremien?

Ein Ausblick auf die weitere Entwicklung während der Weimarer Zeit zeichnet eine Diskrepanz zwischen dem neuen Recht der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung und der tatsächlichen politischen Teilhabe auf. Frauen haben es nicht geschafft, in ihren Parteien sichere Listenplätze durchzusetzen. Lediglich wenige herausragende Politikerinnen konnten sich etablieren. Bei den überregionalen Wahlen gelang nur Magdalena Weber aus Bielefeld und Frieda Nadig aus Herford (SPD) sowie Adelheid Löhe aus Bielefeld (DVP/DNVP) der Sprung in den Westfälischen Provinziallandtag in Münster. Im lippischen Landtag waren in der gesamten Weimarer Zeit nur drei Frauen vertreten (für die SPD Auguste Bracht und Luise Rinsche, für die DVP Clara Lüken). Die heute vergessene Textilarbeiterin Auguste Walter aus Bielefeld war einzige Abgeordnete aus der Region im Preußischen Landtag (1928-1933) und Karoline Dettmer aus Minden einzige Reichstagsabgeordnete (1930).

¹ Vgl. Bärbel Sunderbrink, Der unbekannt Teil des Wahlvolks. Die Revolution 1918/19 und die Rolle der Frauen in Ostwestfalen-Lippe, in: Frank Bischoff, Guido Hitze und Wilfried Reininghaus (Hg.), Aufbruch in die Demokratie. Die Revolution im Rheinland und in Westfalen (Veröffentlichung der Historischen Kommission für Westfalen, NF 51), Münster 2020, S. 239-259.

Auf lokaler Ebene ergibt sich eine noch stärkere männliche Dominanz. Nur in größeren Stadträten konnten sich Frauen einige wenige Sitze sichern, in kleineren Gemeinderäten waren Frauen kaum vertreten.

Der differenzierte Blick in einen regional begrenzten Raum ermöglicht es, einerseits unterschiedliche Politikebenen miteinander in Beziehung zu setzen, andererseits aber auch, die unterschiedlichen politischen Richtungen miteinander zu vergleichen. Dabei spielen nicht nur die Parteien selbst eine Rolle, sondern ebenso deren „Vorfeldorganisationen“ aus dem sozialdemokratischen Milieu, die starken christlichen Frauenorganisationen für die DVP/DNVP oder der Lehrerinnenverband für die DDP, die das Netzwerk der politisch aktiven Frauen bildeten.